

Erleichterung in Europa nach EU-Sanktionsende

USA und Israel bleiben auf Distanz zu Österreich - Haider jubelt

WIEN: Die europäischen Staaten haben gestern fast durchwegs mit Erleichterung auf das Ende der gegen Österreich verhängten Sanktionen reagiert. Aus Paris kamen kritische Reaktionen. Die USA und Israel bleiben auf Distanz zu Wien.

Frankreichs Europaminister Pierre Moscovici warnte, für den Rechtspopulisten Jörg Haider und seine «fremdenfeindliche und rassistische» Partei gebe es keinen Anlass zum Triumph. Die Strafmassnahmen mussten laut Moscovici aufgehoben werden, weil die 14 EU-Partner sich einig gewesen

seien und die Regierung in Wien sich nichts vorzuwerfen habe. Haider's Freiheitliche Partei (FPÖ) werde jedoch «kontinuierlich überwacht» werden. François Hollande, Vorsitzender der regierenden französischen Sozialisten (PS), bedauerte die Aufhebung der Sanktionen.

Nützliche Sanktionen

Haider selbst bezeichnete die Sanktionen als nützlich für Österreich. Die Straffraktion der Europäischen Union (EU) hätte einen gewaltigen Solidarisierungseffekt und eine Stärkung der patriotischen Gesinnung in Österreich hervorgerufen, meinte Kärntens Landeshauptmann in Klagenfurt. Als beson-

ders erfreulich habe sich die grenzüberschreitende Solidarität der Menschen mit Österreich und seinen Bürgern erwiesen.

Die Sanktionen seien ohne Wirkung geblieben. Die Koalition halte und sei heute fester denn je, sagte der ehemalige FPÖ-Chef weiter.

Frankreichs Präsident Jacques Chirac sei mit der Aufhebung der Sanktionen gedemütigt worden. Dass die FPÖ weiterhin beobachtet werden solle, sei «offensichtlich ein kleines Trostpflaster» für Chirac.

Der Präsident der EU-Kommission, Romano Prodi, begrüßte die Aufhebung der Sanktionen. Die Kommission

habe niemals eine Isolierung Österreichs gewünscht. Die Union müsse aber in Sachen «Extremismus und Fremdenfeindlichkeit, wo auch immer in Europa» weiterhin wachsam bleiben.

Ähnlich äusserte sich die spanische Regierung sowie die Aussenminister Italiens und Portugals, Lamberto Dini und Jaime Gama. Auch Finnland, Schweden und die Beitrittsländer Tschechien und Ungarn äusserten sich befriedigt über die Entscheidung.

Bern sieht sich bestätigt

Die Schweizer Regierung sieht sich durch das Sanktionsende in ihrer Politik gegenüber Wien bestätigt und begrüßte

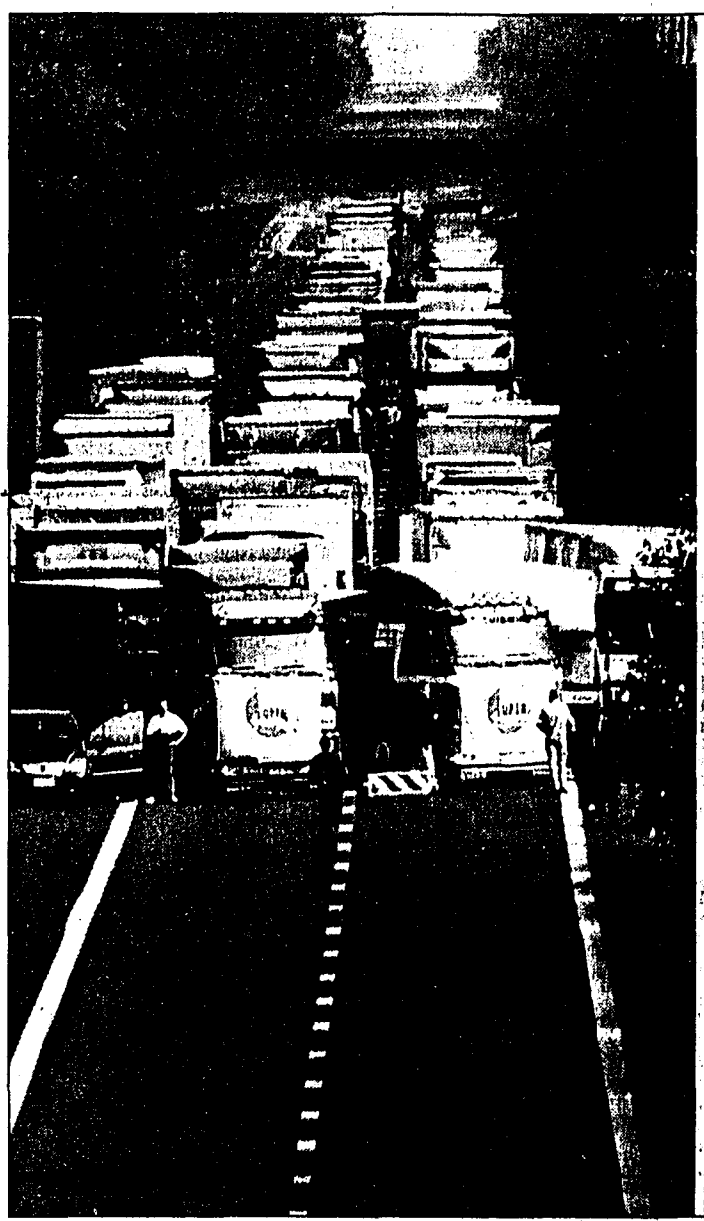
die Normalisierung der Beziehungen zwischen Österreich und seinen Partnern. Bern hatte sich den Sanktionen nicht angeschlossen und empfing mehrmals österreichische Regierungsmitglieder.

«Falsches Signal»

Israel und die USA bleiben auf Distanz zu Wien. Israels Regierungschef Ehud Barak sprach sich für die Beibehaltung der Strafmassnahmen aus, solange eine Partei wie die FPÖ «mit neofaschistischen Tendenzen» an der Regierung bleibe. Der Zentralrat der Juden in Deutschland sprach vor dem Hintergrund des wachsenden Rechtsradikalismus in Europa von einem «falschen Signal».

Europaweite Proteste

In Grossbritannien, Belgien, den Niederlanden und Deutschland sind die Proteste gegen höhere Treibstoffpreise fortgesetzt worden. In London kam es zu einem Verkehrschaos. Die von der Regierung Blair erhoffte Entspannung blieb aus. Im Zentrum der britischen Hauptstadt London sorgten Spediteure mit ihren Lastwagen für ein Verkehrschaos. Strassensperrungen der Polizei hinderten die Lastwagenfahrer daran, den Protest bis vor das Parlamentsgebäude zu tragen. Das Regierungsviertel und der Amtssitz von Premierminister Tony Blair wurden als Sperrzone für Fahrzeuge eingerichtet. Auch an anderen Stellen wurden demonstrierende Chauffeure an der Weiterfahrt gehindert. Dennoch kam es zu langen Staus. In Oxford, Manchester, dem schottischen Inverness und der südenenglischen Provinz Devon behinderten im Schnecken-tempo fahrende Camions nach Angaben der Automobilclubs den Verkehr. Am Morgen hatten in Grossbritannien nach tagelangen Blockaden erstmals wieder beladene Tanklaste die Raffinerien verlassen.



Russland und China wollen Freundschaftsvertrag schliessen

MOSKAU: Russland und China wollen im kommenden Jahr einen Freundschaftsvertrag schliessen. Das kündigte der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch beim Besuch des chinesischen Parlamentspräsidenten Li Peng in Moskau an. Unterzeichnet werden soll das Abkommen während eines Besuchs des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin. Im Gespräch mit Li hob Putin die Bedeutung regelmässiger Kontakte zwischen Russland und China hervor. Wie Putins Berater Sergej Prichodko mitteilte, stehen Wirtschaftsfragen und eine militärische Zusammenarbeit im Mittelpunkt der Beratungen. Putin und Li sprachen auch über die gemeinsame Ablehnung des geplanten amerikanischen Raketenabwehrsystems. US-Präsident Bill Clinton hat kürzlich die Entscheidung über den Bau der umstrittenen nationalen Raketenabwehr (NMD) vertagt. Nach der Unterredung mit Putin traf sich Li mit Putins Vorgänger Boris Jelzin. Li hält sich seit Montag zu einem neuntägigen Besuch in Russland auf.

Koreanisches Gipfeltreffen

SEOUL: Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Il wird im Frühjahr kommenden Jahres zu einem Gipfeltreffen nach Südkorea reisen.

Wie die amtliche südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap am Mittwoch berichtete, einigten sich ranghohe Vertreter beider Seiten am Dienstagabend in Seoul auf diesen Zeitpunkt.

Nach einem historischen Besuch des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung in

Pjöngjang im Juni hatte der nordkoreanische Staatschef einen Gegenbesuch angekündigt. Auf dem ersten Gipfeltreffen zwischen den beiden geteilten Staaten seit 1945 hatten die Präsidenten sich darauf verständigt, eine Aussöhnung und Wiedervereinigung beider Seiten anzustreben. Im Zuge dessen waren Anfang des Monats 63 ehemalige Spione Nordkoreas nach Jahrzehnten in südkoreanischen Gefängnissen freigelassen worden und in ihre Heimat zurückgekehrt.

Hillary Clinton für Senat nominiert

First Lady ist Kandidatin der Demokraten

NEW YORK: Hillary Rodham Clinton ist am Dienstag offiziell von den Demokraten als Kandidatin für den Senatsitz von New York nominiert worden. Mit der Ehefrau von US-Präsident Bill Clinton tritt erstmals eine First Lady bei nationalen Wahlen in den USA an.

Hillary Clinton setzte sich problemlos gegen ihren innerparteilichen Konkurrenten Marc McMahon durch. Bei den Wahlen zum Senat im November tritt sie gegen den Republikaner Rick Lazio an. Jüngsten Umfragen zufolge hat Clinton einen leichten Vorsprung von zwei bis fünf Prozent vor Lazio. Am Mittwoch treffen die beiden zu ei-

nem ersten Schlagabtausch aufeinander. Der bisherige Senator von New York, der Demokrat Daniel Patrick Moynihan, kandidiert nicht mehr. Der Senat ist neben dem Repräsentantenhaus die zweite Kammer des amerikanischen Parlamentes, des Kongresses.

Der Senat hat 100 Mitglieder, die für sechs Jahre gewählt werden. Dabei stellt sich alle zwei Jahre je ein Drittel der Senatoren zur Wahl. Ebenfalls im November wird der neue US-Präsident gewählt. Um das Amt bewerben sich der Republikaner George W. Bush und Vize-Präsident Al Gore von den Demokraten. Bill Clinton kann laut Verfassung nicht für eine weitere Amtszeit gewählt werden.

Grossrazzien gegen ETA

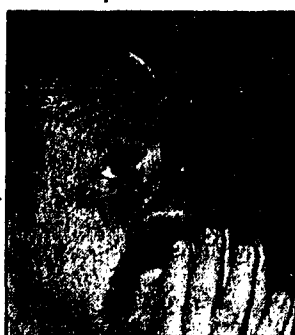
Spanische Polizei nimmt ETA-Führungsmitglieder fest

BILBAO: In Spanien hat die Polizei bei Razzien im Baskenland, in der Nachbarregion Navarra und in Madrid 19 Personen festgenommen. Es handelt sich nach Behördenangaben um mutmassliche Führungskräfte der Untergrundorganisation ETA. Wie das spanische Innenministerium am Mittwoch mitteilte, durchsuchten die Beamten in mehreren Städten die Wohnungen von Verdächtigen und die Büros der ETA-nahen Partei Herri Batasuna (HB/Volksunion). Die Festgenommenen ständen im Verdacht, die Anführer der separatistischen Dachorganisation Ekin zu sein. Diese Organisation habe den Neuaufbau des Terrornetzes der ETA betrieben, die Finanzierung der ETA organisiert und Sabotage-Akte im Baskenland koordiniert.



NACHRICHTEN

Bauernführer Bové verurteilt



MILLAU: Wegen des Angriffs auf eine Baustelle für ein McDonald's-Lokal ist der französische Bauernführer José Bové zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht in Millau ging damit über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmass hinaus. Acht Mitstreiter Bovés wurden zu Bewährungs- oder Geldstrafen verurteilt. Sie hatten vor gut einem Jahr bei einer Protestaktion gegen US-Handelssanktionen mit ihren Traktoren eine Baustelle der US-Fast-Food-Kette McDonald's im südfranzösischen Millau verwüstet.

Bauern-Proteste beendet

RIO DE JANEIRO: Nach einer Drohung von Staatspräsident Fernando Henrique Cardoso haben in Brasilien zehntausende von landlosen Bauern ihre landesweiten Demonstrationen beendet. Die Mitglieder der «Bewegung der Landlosen» seien aus den seit Montag in elf von 27 Bundesstaaten besetzten öffentlichen Gebäuden abgezogen, sagte MST-Sprecher Gilberto Portes. Wenige Stunden zuvor hatte Cardoso damit gedroht, die Kundgebungen gewaltsam auflösen und die 15 wichtigsten MST-Führer festnehmen zu lassen.

REKLAME

Swissca	
Repräsentant: Hypo Investment Bank AG, Landstr. 104, 9490 Vaduz, Tel. +423/265 56 56	
Tageskurse per 13.09.2000	
Fondsname/Währung	Inventarwert (netto)
Swissca Valica CHF	326.90
Swissca Portfolio Fund Income CHF	115.52
Swissca Portfolio Fund Yield CHF	145.52
Swissca Portfolio Fund Balanced CHF	179.85
Swissca Portfolio Fund Growth CHF	230.80
Swissca Portfolio Fund Equity CHF	317.63
Swissca Portfolio Fund Mixed Euro EUR	110.96
Swissca MM Fund AUD	1367.95
Swissca MM Fund USD	1534.77
Swissca MM Fund GBP	1825.14
Swissca MM Fund EUR	1662.02
Swissca MM Fund CHF	1340.55
Swissca MM Fund CAD	1466.42
Swissca MM Fund JPY	107882.00
Swissca Bond Invest CHF	1022.44
Swissca Bond Invest USD	1015.97
Swissca Bond Invest EUR	1216.88
Swissca Bond Invest GBP	1224.92
Swissca Bond Invest AUD	1164.33
Swissca Bond Invest CAD	1151.18
Swissca Bond Invest JPY	113546.00
Swissca Bond Sfr. CHF	93.55
Swissca Bond International CHF	102.90
Swissca Bond Invest International CHF	107.98
Swissca Bond Invest Medium Term CHF	96.55
Swissca Bond Invest Medium Term USD	103.52
Swissca Bond Invest Medium Term EUR	97.85
Swissca Asia CHF	124.70
Swissca Europe CHF	318.05
Swissca North America USD	271.70
Swissca Austria EUR	80.15
Swissca Emerging Markets Fund CHF	134.05
Swissca France EUR	35.40
Swissca Germany EUR	193.70
Swissca Great Britain GBP	250.85
Swissca Italy EUR	146.60
Swissca Japan CHF	126.30
Swissca Netherlands EUR	77.85
Swissca Small and Mid Caps CHF	312.50
Swissca Switzerland CHF	326.50
Swissca Tiger CHF	92.40
Swissca Lux Fund Sector Communication EUR	435.25
Swissca Lux Fund Sector Energy EUR	630.82
Swissca Lux Fund Sector Finance EUR	610.85
Swissca Lux Fund Sector Health EUR	615.82
Swissca Lux Fund Sector Leisure EUR	582.33
Swissca Lux Fund Sector Technology EUR	609.86
Swissca Gold CHF	498.00
Swissca Green Invest CHF	155.95
Swissca Ica CHF	288.00
Swissca Lux Fund Floor Switzerland CHF	961.36